

## Die FEDE erkämpft Versprechen für einen Stufenanstieg per 1. Januar 2016

**Nach Verhandlungen mit einer Delegation des Grossen Rats erzielt die FEDE schliesslich das Versprechen, dass die Sparmassnahmen abgedefert werden. So soll das Staatspersonal im Jahr 2016 den Stufenanstieg neu bereits per 1. Januar statt erst per 1. Juli erhalten. Ein Erfolg, der die FEDE in ihrer Vorgehensweise bestärkt. Für einen weiterhin erfolgreichen Kampf ist vor allem eines wichtig: Bleiben wir vereint!**

Die FEDE hat keinen Aufwand gescheut, um den Staatsrat schliesslich doch noch von der Notwendigkeit, die Sparmassnahmen abzufedern, zu überzeugen. Ursprünglich hatte sie gefordert, bereits 2015 zu den normalen Bedingungen zurückzukehren und auf den Januar einen Stufenanstieg zu gewähren. Diesem Anliegen wurde leider nicht stattgegeben.

Der Staatsrat hält trotz heftiger Kritik an seiner restriktiven Abschreibungspolitik fest. Seine Priorität ist die möglichst schnelle Wiederherstellung seiner Eigenfinanzierungskraft, um neue Investitionen ins Auge fassen zu können. Ausserdem war er nicht bereit dazu, mehr als 20 Millionen vom Staatsvermögen abzubuchen, um sein Budget für 2015 auszugleichen. Bei einem Vermögen von fast 1 Milliarde wäre der Handlungsspielraum aber gross genug dafür und eine zusätzliche Abschreibung (3 Millionen für die Finanzierung des Stufenanstiegs per 1. Januar 2015) wäre problemlos möglich gewesen, ohne die Kantonsfinanzen zu gefährden.

Angesichts dieser Verweigerungshaltung und da der Budgetentwurf der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats (FGK) übergeben wurde, hat sich die FEDE an Letztere gewandt. Nach mehreren Verhandlungen hat die FGK schliesslich verlauten lassen, dass sie zwar nicht mehr am Budget für 2015 rütteln, sich jedoch dafür einsetzen werde, dass der Stufenanstieg bereits auf den 1. Januar 2016 gewährt wird.

Der Staatsrat hat sich seinerseits darum bemüht gezeigt, mit einem allfälligen Einnahmenüberschuss in der Jahresabrechnung 2014 eine Reserve zu äufnen. Falls ein solcher Überschuss zustande kommt, soll er dafür eingesetzt werden, die Sparmassnahmen abzufedern.



Die Bilanz der Aktionen der FEDE gegen das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm war an der Delegiertenversammlung der FEDE vom 19. November Gegenstand angeregter Diskussionen. Ein Teil der Delegierten hätte sich gewünscht, dass die FEDE ihre Mobilisierungsoffensive noch ausweiten würde, damit sich die Unzufriedenheit des Staatspersonals mehr Gehör verschaffen könnte und der Staatsrat gezwungen wäre, die ganze Tragweite der Situation zur Kenntnis zu nehmen. Andere Delegierte wiederum waren der Ansicht, dass die FEDE die Mobilisierungs- und Verhandlungsphasen sinnvoll miteinander kombiniert habe. Sie vertraten die Einschätzung, dass die FEDE das Beste erreicht hat, was es in diesem Zusammenhang zu erreichen gab. Diese offen geführte Diskussion hat einmal mehr gezeigt, dass die FEDE ein Ort der demokratischen Diskussion ist. Eine angeregte Debatte steht schliesslich einem geschlossenen Auftreten gegen aussen nicht im Weg. Sie ist im Gegenteil in vielerlei Hinsicht anregend und wichtig.

Die Mehrheit der Staatsangestellten nimmt an den von der FEDE organisierten Aktionen teil und sieht ihre Interessen in der vom Vorstand definierten Verteidigungsstrategie gut vertreten. Die internen Spannungen sind im zweiten Teil der Versammlung aber auch deutlich zu Tage getreten. Infolgedessen musste die Anpassung der Statuten sowie die Wahl der Mitglieder des Büros der FEDE auf eine ausserordentliche Versammlung verschoben werden, die im Frühling 2015 stattfinden wird.

Damit die Einheit und die Schlagkraft der FEDE bewahrt werden können, wird in den kommenden Wochen alles Nötige unternommen, um diese Krise so schnell wie möglich beizulegen und die Spannungen abzubauen.